

Die Sozialpartnerschaft als Garant für den sozialen Ausgleich und für den Frieden

Werner Schniedermann

Sprecher AG mittelständischer Verkehrsunternehmen
Mitglied BKU-Arbeitskreis Soziale Ordnung

BKU.DE



Impfstoff gegen Radikalisierung

Die Katholische Soziallehre kann einer ins Wanken geratenen Sozialen Marktwirtschaft neue Stabilität geben

Die Tarifbindung, das Kernelement der Sozialpartnerschaft, bröckelt seit Jahren. Geringe Löhne schaffen soziale Abstiegsängste und Potential für radikales Wählerverhalten. Es braucht dringend eine Rückbesinnung auf die Ideen der Katholischen Soziallehre, betonte Werner Schniedermann in seiner Rede auf der BKU-Bundestagung, deren Manuskript wir im Folgenden dokumentieren.

„Sozialpartnerschaft“ klingt gut, ist aber anstrengend und funktioniert nicht, wenn die meisten nicht mitmachen. In den Verhandlungen der Sozialpartner geht es um viel. Für die Arbeitnehmer entscheiden die Ergebnisse über ihr Einkommen – für die Arbeitgeber geht es um Gewinn, aber auch darum, wieviel Mittel zur Weiterentwicklung und Zukunftssicherung des Unternehmens in der Kasse bleiben. Da ist es gut, wenn es für eine funktionierende Sozialpartnerschaft Regeln in Gesetzen und Tarifverträgen gibt. Sie können Leitplanken sein für faire Verhandlungen mit Regeln zur Friedenspflicht. Diese haben jahrzehntelang funktioniert und unserem Land Wohlstand und sozialen Frieden gebracht.

Die Sozialpartnerschaft bröckelt jedoch seit Jahren durch überharte Verfolgung von Einzelinteressen. Passend zum momentanen Zeitgeist, geraten die Verantwortung und der Blick fürs Ganze immer stärker in den Hintergrund. Etwa, wenn die IG Metall von dem kriselnden VW-Konzern eine Lohnerhöhung von fast 8 Prozent erwartet, oder wenn Streiks als Werbefeldzug konkurrierender Gewerkschaften missbraucht werden wie bei der Bahn. Deutschland ist in letzter Zeit Streikland Nummer eins in Europa geworden. Meine Kollegen aus den Nachbarländern fragen mich schon verwundert: „Was ist los in Deutschland? Ihr wart doch mal die Musterknaben des sozialen Friedens, ein wichtiger Standortfaktor! Was ist da passiert?“ Die Antwort: **Die Tarifbindung, das Kernelement der Sozialpartnerschaft und**

damit eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft, gerät ins Wanken. Denn die Tarifbindung von Unternehmen ist nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung und nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes **von 65 auf 21 Prozent gesunken.** Nur noch 49 Prozent aller Beschäftigten werden nach Tarif bezahlt. **Inzwischen arbeiten zehn Millionen Menschen in Deutschland im Niedriglohnssektor. Minilöhne, Minirente und Altersarmut erzeugen soziale Abstiegsängste und in breiten Schichten das Potential für ein radikales Wählerverhalten. In der jüngsten Shell-Studie rangiert bei jungen Leuten die Angst vor Armut auf Platz 2.**

Dem geringen Lohn folgt letztlich auch öffentliche Armut. Schon heute wandert ein Drittel des Bundeshaushalts in die Sozialkassen. In den letzten Jahrzehnten konnten sich die Sozialpartner darauf verlassen, dass das, was dem Einzelnen zum Leben fehlt, vom Staat draufgelegt wird. Das ist im Ergebnis eine nachträgliche Subventionierung von Lohndumping. **Die Finanzierung dieser steigenden Sozialleistungen über Schulden belastet die Zukunft** und steigert die Gewinne der Finanzgeber und führt in der Folge zu einer sicher so nicht gewollten Umverteilung von Vermögen. Genau das haben **die Väter der Sozialen Marktwirtschaft** wie Ludwig Erhard, der Ordoliberalismus der Röpke'schen Freiburger Schule, die Verfechter der Katholischen Soziallehre sich unter dem Begriff **„Wohlstand für alle“** so nicht vorgestellt. Das muss man sich heute ausgerechnet von Wagenknecht sa- >>

gen lassen. In der Sozialen Marktwirtschaft ist die individuelle **Hilfe für in Not Geratene** selbstverständlich. Die Kernidee ist jedoch – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – eine **systemische Gerechtigkeit**, die soziale Schieflagen gar nicht erst entstehen lässt. **Damit stehen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Verantwortungsgemeinschaft für das Jetzt und für die Zukunft. Sie müssen Gewinne, Löhne und Renten gemeinsam erwirtschaften und gerecht verteilen.**

Beim Stichwort gerechter Löhne mögen sich viele fragen: **Schaden hohe Löhne nicht dem Export? Nein**, sagt die Bertelsmann-Stiftung in einer Studie. Wenn auch der Technologievorsprung Deutschlands dahinschmilzt oder vom Ausland aufgekauft wird: Es braucht dennoch oder gerade jetzt gut ausgebildete und gut bezahlte Mitarbeiter. **Die Löhne in der Exportindustrie sind deshalb in der Regel hoch, ebenfalls der Grad der Tarifbindung. Industrie, Gewerbe, Mittelstand, Handwerk zahlen ganz überwiegend nach Tarif.**

Höchst **problematisch ist dagegen der häufig vormals öffentliche Dienstleistungsbereich**: Post, Handel, Sozialdienste, ausgerechnet die Zukunftsbranchen Logistik, Versand, teilweise auch die unteren Gehälter im IT-Bereich sowie „meine“ Branchen öffentlicher Verkehr, Eisenbahn und Luftverkehr. In den Arbeitgeberverbänden musste ich erleben, wie durch Outsourcing mit Tariffucht nicht nur die Qualität der Dienstleistungen im Bereich kritischer Infrastruktur gesenkt, sondern auch der **Verlust der Tarifeinheit** von der Arbeitgeberseite in Branchen und Betrieben herbeigeführt wurde. Diese Entwicklung war eine der Hauptvoraussetzungen dafür, dass die letzten Streikwellen möglich wurden. Spiegelbildlich entstanden daraufhin auch konkurrierende Gewerkschaften und eine unüberschaubare Vielzahl von Tarifen. **Die Tariffucht im Münsterland bei den Schlachthöfen, in Weiterbildungseinrichtungen und bei der Vergabe von Busleistungen war 2010 der Auslöser für unsere Kolping-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“** im kleinen Everswinkel im Münsterland. Die Initiative aus dem kleinen gallischen Dorf wühlte sich bis auf die Bundesebene, zu Sozialpolitikern und bis zur Deutschen Bischofskonferenz. Die Reaktionen waren nett und wirkungslos. Präzise Reaktionen gab es lediglich von Armin Laschet MdB, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, Frank Bsirske MdB, Dennis Radtke MdEP und mit Abstrichen von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann MdB.

Die Reaktionen änderten sich erst, als wir uns im Wahlkampf 2021 zur **BKU/KAB/KFD/Kolping-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“** zusammenschlossen. Diese organisierte kurz vor der Wahl in der Sozialakademie des Bistums Münster unter der Schirmherrschaft des Bischofs ein politisches Abendforum zum Thema „Katholische Soziallehre konkret – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Alle Bundestagsparteien, bis auf die CDU, entsandten namhafte Sozialpolitiker, die alle Unterstützung zusagten.

Wir kündigten an, bis zur nächsten Wahl Ergebnisse abzufragen. Damit haben wir in Berlin bereits begonnen. An jenem Abend entstand die **„Erklärung von Münster zur Lohngerechtigkeit“**. **Sie fordert eine Gesetzesinitiative zur Stärkung der Tarifbindung gegen wettbewerbsverzerrende Niedriglöhne.** Im BKU diskutiert der AK „Soziale Ordnung“ Ergänzungen zur Stärkung der Sozialpartnerschaft aus Unternehmenssicht. Dabei geht es um die **Stärkung der Branchentarife gegen ausufernde Streiks, die Kodifizierung des Streikrechts mit gesetzlich festgelegten Rahmenbedingungen zur Schlichtung, zur Friedenspflicht und zur Sicherung der existenziellen Daseinsvorsorge sowie um die Anpassung des Arbeitszeitrechts zur Erweiterung der Spielräume der Tarifpartner bei den Tarifverhandlungen.**



Sprachen über das Thema Tarifpartnerschaft (v. l.): Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel (BKU-Ehrenvorsitzender), Hermann Gröhe MdB (CDU), Dr. Martin Nebeling (BKU-Vorsitzender) und Werner Schniederermann.

Foto: BKU

Bevor ich in die Ecke des „Herz-Jesu-Sozialisten“ gestellt werde, möchte ich auf die **Vorteile der Tarifbindung für Unternehmen** hinweisen: Sie schafft **fairen Wettbewerb** durch gleiche Lohnkosten, besonders bei Vergaben öffentlicher Dienstleistungen. Was nutzt es einem Unternehmen, wenn es seine Mitarbeiter gut entlohnt, aber dadurch pleitegeht? Die **Tarifbindung kann auch Lohnsteigerungen hemmen**, dort, wo der Arbeitsmarkt durch Fachkräftemangel in einen Anbietermarkt gekippt ist. Zurzeit ist der Arbeitsmarkt gespalten: Es gibt massive Lohnsteigerungen in Bereichen mit Arbeitskräftemangel, während einfache Dienstleistungen im Sumpf des Lohndumpings verbleiben, was eine gesellschaftliche Zeitbombe darstellt. Ein weiterer Vorteil ist der **soziale Frieden in Gesellschaft und Betrieben als verlässlicher Standortfaktor**, besonders dort, wo es gelingt, die Tarifeinheit in den Betrieben und Branchen wiederherzustellen. Außerdem sinkt die Bedeutung des systemwidrigen, weil halböffentlich festgesetzten, Mindestlohns.

Sozialpartnerschaft ist gut, bleibt anstrengend und funktioniert nur, wenn die meisten mitmachen. Dazu bedarf es wohl leider eines aufmunternden Schubs des Gesetzgebers, damit die Sozialpartner ihrer Aufgabe und Verantwortung gerecht werden. Das darf jedoch kein Bürokratiemonster werden!

Nicht nur reden, sondern machen: sehen, entscheiden, handeln.

Ich möchte zum Schluss die Bedeutung der Sozialpartnerschaft in einen größeren politischen und gesellschaftlichen Zusammenhang einordnen. Die letzten Wahlen und wahrscheinlich auch die kommenden dokumentieren: **Ein großer Teil der Bevölkerung verliert das Vertrauen in die Führungsfähigkeit unserer Eliten und in die Funktionsfähigkeit unseres Staates.** Das erlebt jeder täglich im Großen wie im Kleinen. Es verunsichert und schürt **Zukunftsängste**, die manchmal überzogen sind, aber dennoch gefährlich, weil sie als **Nährboden für Radikalisierung** dienen. Da helfen auch keine „Brandmauern“, denn es brennt bereits vor der Mauer. Zum Löschen helfen nur überzeugende Ideen, die unser Land wieder in Schwung bringen, sowie ein **Gegenfeuer von Maßnahmen**, die unser Land stabilisieren – nicht nur bei der Migration. Zum Beispiel brauchen wir eine massive **Entrümpelung von Gesetzen und Verordnungen**, vor allem im Planungs- und Baurecht. Im **Wohnungsbau** sollten nicht irgendwelche Zahlen beschlossen, sondern tatsächliche Bauvorhaben ermöglicht werden, vor allem durch Erleichterungen bei der Verfügbarkeit von Grund und Boden. **Steuergerechtigkeit** ist ein weiteres Thema: Es geht um den Abbau des „Mittelstandsbauhauchs“, finanziert durch das Zurückdrängen der Steuervermeidung internationaler Konzerne. Der „Bierdeckel“ lässt grüßen, auch wenn er von Merz und Lindner vergessen wurde. In der **Bahnreform** wäre das Ziel ein Deutschlandtakt und ein Deutschlandtarif. Dafür muss das von realitätsfernen Ökonomen zerschlagene System so reformiert werden, dass der Fahrgast den Öffentlichen Verkehr in einer abgestimmten Transportkette von Haustür zu Haustür als Alternative zum Auto nutzen kann, mit einheitlichen Tarifen und abgestimmten Netzen und Fahrplänen. Und nicht zuletzt muss auch hier die Sozialpartnerschaft gestärkt werden.

Gemeinsinn und Verantwortungsgemeinschaft vorleben

Unsere Gesellschaft hat im Kern ein **massives ethisches Problem**. Gemeinsinn, Verantwortungsbereitschaft und Engagement, bürgerliche Tugenden, solche im Wesentlichen **christlich geprägten Werte werden zerrieben zwischen dem libertären Selbstverwirklichungszeitgeist und dem neoliberalen Turbo-kapitalismus**. In diesem ethischen Vakuum, verstärkt durch die neuen, leider auch asozial wirkenden Medien, gedeiht ein **ego-zentrisches, materiell bestimmtes Weltbild**; der „Nächste“ gerät aus dem Blick, und die Balance zwischen „Ich“ und „Wir“ ist gefährdet. Man macht, was gefällt oder nimmt, was man kriegen kann. Konsum oder, im Gegenteil, der Ausstieg wird zum Sinn des Lebens. Viele Menschen „unten“, leider aber auch „oben“, handeln ohne tragende Werteorientierung. Goethe und Lenin sollen sinngemäß gesagt haben: Die unten machen das nach,

was ihnen oben vorgelebt wird. Da könnten wir **Christen doch mal positiv auffallen. Der Gemeinsinn, die Suche nach Ausgleich und Gerechtigkeit, nach innerem und äußerem Frieden, ist in der DNA des Christentums angelegt.** Aus dieser Weisheit könnte es eine zukunftsweisende Religion auch für das Diesseits sein, wenn die Kirche und ihre Mitglieder sich aus der Erstarrung durch unsägliche Skandale lösten und sich neben Strukturdebatten auch **wieder um die Menschen kümmerten**, kurz gesagt, sich vom Geist Christi leiten ließen. Denn der Geist Jesu hat die **geistigen Wurzeln der Katholischen Soziallehre** geprägt. Diese trug durch katholische Unternehmer- und Sozialverbände sowie Amtsträger der Kirche **„zur gefundenen Gestalt des Sozial- und Wohlfahrtsstaates viel bei“**, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede auf dem Katholikentag in Erfurt. Zum Beispiel wurde die Tarifbindung in der Weimarer Republik zusammen mit den Sozialdemokraten durch die katholische Zentrumspartei mit ihrem Arbeitsminister Heinrich Brauns, einem Kleriker, in Gesetze gegossen!

Die Nazis haben dann „national“ und „sozial“ zusammengeführt und solche Sozialgesetze gern übernommen, 1938 durch den „Anschluss“ nach Österreich exportiert, wo sie bis heute gelten. Ebenso wie in unseren Nachbarländern gelten sie, bei uns jedoch nurmehr aufgeweicht. Es gehört wenig Fantasie dazu, sich vorzustellen, was aus unserem Land und der mühsam errungenen Demokratie werden könnte, wenn die heutige extreme Rechte, wie damals die Nazis, „national“ und „sozial“ zusammenführte. **Das BSW bedient diese Logik bereits** und ist damit aus dem Stand erfolgreich. Selbst die EU erkennt inzwischen diese gesellschaftliche Zeitbombe und hat eine Richtlinie zur Tarifbindung in der Pipeline. Der Wahlkampf beginnt. Jetzt ist die richtige Zeit, dass **katholische Verbände wie der BKU gemeinsam mit anderen Akteuren ihre Vorstellungen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in die Politik einbringen, zum Beispiel die Stärkung der Sozialpartnerschaft. Denn die Katholische Soziallehre kann nach wie vor Ideengeber für die Soziale Marktwirtschaft sein und damit ein Impfstoff gegen Radikalisierung.** Werner Schniedermann

Werner Schniedermann ist Sprecher einer Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Busunternehmen, Sprecher der BKU/KAB/KFD/Kolping-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Mitglied im AK „Soziale Ordnung“ des BKU und war vor seinem Ausscheiden aus dem Hauptberuf CEO, Vorstand, Geschäftsführer der Westfälischen Verkehrsgesellschaft, des Flughafens Münster/Osnabrück, der Stadtwerke Osnabrück, Mitbegründer der NordWestBahn, des Flughafens Köln/Bonn. Er studierte Geographie, Volkswirtschaft und Geschichte an den Universitäten Münster und München mit dem Schwerpunkt Stadt- und Landesentwicklung, ergänzt durch ein „Studium generale“ in Politologie, Philosophie, Weiterbildung in Theologie und Liturgie an der Domschule Würzburg.